

Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!

Was haben wir gegen die AfD?

Vorbemerkung: Alle Textteile in Anführungszeichen sind Original-Zitate aus dem Kommunalwahlprogramm 2020 der AfD Nordrhein-Westfalen.

Die AfD ist nationalistisch und rassistisch.

In ihrem Kommunalwahlprogramm stellt die AfD die Nationalstaats-Politik, die für zwei fürchterliche Kriege im 20. Jahrhundert verantwortlich war, als „Errungenschaft“ heraus, an der sich das Handeln auszurichten habe. Dabei werden Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund nicht akzeptiert, sondern es wird gefordert, dass sie sich anpassen. Die AfD behauptet demagogisch, viele Deutsche empfänden sich als „fremd im eigenen Land“, gewohnte Traditionen (wie z.B. Martinszüge) seien bedroht von „Multikulti-Wahn“. Sie postuliert ein „Recht auf Selbstbehauptung“ und fordert den „Vorrang“ der „historisch gewachsenen deutschen Kultur“.

Die AfD ist unsolidarisch.

Gleich am Anfang des Kommunalwahlprogramms stellt die AfD klar: Sie hält nichts von solidarischer Unterstützung. Für die Kommunen soll das Subsidiarität-Prinzip gelten, das bedeutet, dass jede Kommune für sich selbst sorgt. Dass Kommunen mit hohen Steuereinnahmen (weil sie z.B. verkehrsgünstig liegen) andere Gemeinden unterstützen - das passt der AfD nicht ins Konzept. Ihr ist lieber, wenn die Kommunen in einen Wettbewerb um die Ansiedlung von Betrieben treten und sich bei der Gewerbesteuer gegenseitig unterbieten. Im Abschnitt „Wirtschaft“ ist viel von „attraktiven Rahmenbedingungen“ für die Unternehmen die Rede - von der Unterstützung der Beschäftigten ist nichts zu lesen. Hier wird der marktradikale Charakter der AfD deutlich.

Die Ablehnung einer solidarischen Haltung zieht sich weiter durch das Programm. In den Schulen sollen Kinder von Zugewanderten in „spezielle Förderklassen“ abgeschoben werden. Die Erfahrungen in den Schulen haben aber gezeigt, dass sich die Zusammenarbeit von Einheimischen und Zugewanderten in den Regelklassen für beide Seiten positiv auswirkt.

Die AfD ist rückständig.

In ihrem Programm geht die AfD von einem überholten Rollen - und Familienbild aus. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ihr ein Dorn im Auge. Deshalb fordert sie eine Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten und will statt dessen „Familienbeauftragte“, die sich für die „wirklichen“ Bedürfnisse der Familien einsetzen. „Wirklich“ heißt hier: Keine Kitas für Kinder unter 3 Jahren, statt dessen „Tagesmütter und Kinderfrauen“ - womit sie die Rolle der Frau wieder einmal in ihrem Sinne klarstellen will. Nicht nur ideologisch, auch technisch ist die AfD eine Partei der überholten Ideen. Sie wehrt sich gegen den Ausbau der erneuerbaren Energie aus Sonne und Wind, sie will die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude bremsen, sie fordert ein Festhalten am Konzept des Verbrennungsmotors.

Die AfD ist intolerant und hetzt gegen Andersdenkende.

Der Islam ist eines der Haupt-Feindbilder der AfD. Sie widmet dem Erhalt des Schweinefleisch auf den Speiseplänen einen eigenen Absatz in ihrem Kommunalwahlprogramm, denn sie sieht die Gefahr, dass sich die Schulen „fremden Speisegesetzen unterwerfen“. Sie widmet einen Extra-Flyer dem „Muezzin-Ruf“ und baut damit einen Konflikt auf, indem sie ein Thema aufbauscht, dass derzeit kein Problem darstellt. Der Islam wird pauschal als Feindbild aufgebaut, es wird dabei nicht zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen unterschieden.

Wir sagen:

Wer Mitbürgerinnen und Mitbürger wegen ihres Glaubens angreift oder wer den Vorrang für ein bestimmtes religiöses Bekenntnis fordert, greift uns alle an, denn er untergräbt das tolerante Miteinander und den gegenseitigen Respekt.

Die AfD will MitbürgerInnen abschieben statt zu helfen.

Natürlich gibt es im Kommunalwahlprogramm der AfD auch einen Abschnitt „Asyl“. In dem geht es direkt los mit einer „Abschiebeinitiative 2020“. Während weiter vorn noch die Selbstständigkeit der Kommunen gefordert wird, will die AfD hier die Möglichkeiten der Kommunen einschränken, wenn es darum geht, Mitmenschen, die vor Ort verankert sind, vor einer Abschiebung zu bewahren. Auch die Tatsache, dass Kommunen sich zu „sicheren Häfen“ erklären und zur Aufnahme von Geflüchteten bereit sind, passt den Rechtsextremen nicht. Die AfD will den Aufenthalt von Geflüchteten so unangenehm wie möglich machen. Die christlichen Werte, auf die sie sich sonst gerne beruft, zählen hier nicht mehr.

Die AfD will Kritik verbieten.

In den Kommunen soll nach dem Willen der AfD ein „Neutralitätsbeauftragter“ eingerichtet werden. „Neutralität“ bedeutet hier, dass Amts- und Mandatsträger keine Kritik an der AfD üben dürfen. Auch in den Schulen soll eine Stellung gegen Rechts als „nicht neutral“ unterbunden werden.

Wir sagen dazu: Faschismus, Antisemitismus und Rassismus sind nicht irgendwelche gleichberechtigten Meinungen, sie sind ein Verbrechen! Lasst uns gemeinsam dagegen aufstehen!

Unser Oberberg ist bunt - nicht braun! - c/o Der Paritätische - Kleine Bergstr. 7 - 51643 Gummersbach

info@oberberg-ist-bunt.org

www.oberberg-ist-bunt.org

www.facebook.com/OberbergIstBunt

Über Spenden für unsere Arbeit freuen wir uns:

Konto-Nr 1000171783 bei der Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt, BLZ 38450000 IBAN DE35 3845 0000 1000 1717 83

Konto-Inhaber: Unser Oberberg ist bunt, nicht braun!